

16. Landtag von Baden-Württemberg, 143. Sitzung

Donnerstag, 04. Februar 2021, 09:30 Uhr

Rede

CDU-Obfrau im Untersuchungsausschuss

Marion Gentges MdL

Bericht und Beschlussempfehlung des Untersuchungsausschusses

„Abläufe in Zusammenhang mit der Beteiligung des Landes an der Weltausstellung 2020“

Es gilt das gesprochene Wort.

Marion Gentges MdL:

Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Im letzten Vierteljahr haben viele von uns ihren Wahlkampf vorbereitet und aufgenommen. Zwölf Abgeordnete, ihre Stellvertreter und die Mitarbeiter der Fraktionen und der Landtagsverwaltung haben in dieser Zeit große Teile ihrer Zeit dem Untersuchungsausschuss „Baden-Württemberg-Haus“ gewidmet. Ich hatte manchmal den Eindruck, dass das in der Sache nicht den ganz großen Unterschied gemacht hat. Und natürlich hat die vor uns liegende Landtagswahl den Untersuchungsausschuss beeinflusst. Die Fragestellung, die der Landtag dem Untersuchungsausschuss zur Klärung übertragen hat, ist es aber wert, sachlich und ohne Wahlkampfgetöse behandelt zu

werden. Wenn die nächste große Weltausstellung „Expo Dubai 2020“ hoffentlich ab Oktober dieses Jahres stattfinden wird, wird Baden-Württemberg daran beteiligt sein – als einziger Bundesstaat unter 190 Nationalstaaten. Auch Kalifornien hatte sich beworben – ohne Erfolg. Für unser Land stellt die Teilnahme eine herausragende Chance dar, unseren Wirtschafts-, Wissenschafts-, Kultur-, Innovations- und Tourismusstandort Baden-Württemberg zu vermarkten, gerade in der wirtschaftlichen schwierigen Phase, in der wir uns befinden. Ich verstehe die finanziellen Mittel, die wir, der Landtag, für dieses Projekt bewilligt haben, deshalb als eine sinnvolle Investition, und ich bin überzeugt, dass sie sich auszahlen wird, meine Damen und Herren. Die Chancen des Projekts – das gehört zu den sachlichen Feststellungen dazu – hatten schon der frühere SPD-Finanz- und Wirtschaftsminister Nils Schmid und der ehemalige SPD-Fraktionsvorsitzende Claus Schmiedel erkannt. Der Untersuchungsausschuss hatte den Auftrag, zu untersuchen, wie Baden-Württemberg unbeabsichtigt selbst Vertragspartner der Expo wurde, ob dabei Fehler gemacht wurden und ob in diesem Zusammenhang politische Versäumnisse festzustellen sind.

Vorweg und in aller Offenheit: Ja, es ist zu Fehleinschätzungen gekommen, und es wurden Fehler gemacht. Zum Skandal taugt das Ganze aber nicht. Da mag sich die geschätzte Opposition Mühe geben, wie sie will. Ich möchte die entscheidenden Punkte gern in den Blick nehmen. Ein wesentlicher Punkt war die Benennung des damaligen Hauptgeschäftsführers der Ingenieurkammer zum Commissioner General. Nach einem juristischen Gutachten, das das Wirtschaftsministerium eingeholt hat, stellt diese Benennung die Erteilung einer Vollmacht dar, für das Land zu handeln. Die zuständige Beamtin im Wirtschaftsministerium hat das rechtlich anders eingeschätzt. Sie ging wie im Übrigen alle auf baden-württembergischer Seite aktiv Handelnden davon aus, dass das Land nicht unmittelbar verpflichtet werden sollte. In der Benennung eines Commissioner General hat sie keine Vollmachtserteilung gesehen. Wie wir heute wissen: unzutreffend. Dem Hohen Hause, meine Damen und Herren, gehören mehrere Volljuristen an. Ich gehöre selbst auch dazu. Jeder von uns hat schon Rechtsauffassungen vertreten, die sich dann als unzutreffend erwiesen haben. Eine Fehleinschätzung, ein Fehler, ja, ein politisches Versäumnis, nein.

Die größte Bedeutung kommt der Unterzeichnung des Participation Contract durch den damaligen Hauptgeschäftsführer der Ingenieurkammer Baden-Württemberg zu. Mit seiner Unterschrift hat er – auch das das eingeholte Gutachten ergeben – das Land rechtlich gegenüber der Expo verpflichtet. Denn dieser Teilnahmevertrag nennt als Vertragspartner

untechnisch „Baden-Württemberg“. Dem Wirtschaftsministerium wurde dieser Vertrag erst nach seiner Unterzeichnung vorgelegt. Da war er unterschrieben und das Land in der Haftung. Lediglich eine Beamtin, die mit vor Ort in Dubai war, hatte den Vertrag wenige Stunden vor seiner Unterzeichnung zugeschickt bekommen, aber erst danach bemerkt. Die Unterzeichnung des Vertrages hätte durch das Wirtschaftsministerium nur verhindert werden können, wenn dort der Vertrag vorab zur Prüfung vorgelegen hätte. Hat er aber nicht. Und weil alle davon ausgegangen waren, dass das Land gar nicht verpflichtet werden sollte, wurde die Vorlage auch nicht verlangt. Mit unseren Beschlussempfehlungen – Kollegin Lindlohr hat es schon angesprochen – mahnen wir zu größerer Vorsicht und weniger Vertrauen. Auch hier ist aber kein politisches Versäumnis festzustellen. Gedacht war das Projekt Baden-Württemberg-Haus als eine Privatinitiative aus der Wirtschaft für die Wirtschaft. Das Land sollte politisch flankieren und eine Landesausstellung durchführen. Die Finanzierung sollte im Wesentlichen über Sponsorengelder erfolgen. Gegenüber dem Land wurde auch lange der Eindruck vermittelt, die Gewinnung von Sponsoren laufe ganz gut. Tatsächlich blieben die Einnahmen aber weit hinter den Erwartungen zurück: wegen der sich bereits abschwächenden Konjunktur und weil die Sponsoren-ansprache lange Zeit nicht professionell genug angegangen wurde. Die schon früh angebotene Unterstützung des Landes, auch des Wirtschaftsministeriums, wurde erst sehr spät angenommen. Das ist schlecht gelaufen, aber nicht politisch zu verantworten. Im Übrigen ist ja noch nicht aller Tage Abend. Wir alle sollten ein Interesse daran haben, weitere Sponsoren zu gewinnen.

Auch bei der Frage nach den finanziellen Folgen empfiehlt sich eine sachliche Betrachtung. Richtig ist: Die Expo-Beteiligung ist für das Land deutlich teurer geworden. Anstelle einer Landesausstellung, die 2,8 Millionen € kosten sollte, sind jetzt, wenn nicht weitere Sponsoren gewonnen werden können, Gesamtkosten in Höhe von rund 15 Millionen € durch das Land zu tragen. Das ist viel Geld, auch wenn die Differenz nicht einmal der Hälfte des Betrages entspricht, um den beispielsweise das neue Besucherzentrum im Nationalpark Schwarzwald teurer geworden ist.

Die genannten 15 Millionen € umfassen im Übrigen auch pandemiebedingte Verschiebungskosten der Expo in Höhe von mehr als 2 Millionen € und Umsatzsteuer in Höhe von 1,5 Millionen €. Ansonsten bewegen sich die Kosten für das Baden-Württemberg-Haus im vorgesehenen Rahmen. Zum Finanzskandal eignet sich das Ganze deshalb nicht.

Lassen Sie mich ein kurzes Fazit ziehen: Der Untersuchungsausschuss hat sich unter hohem Zeitdruck sehr intensiv mit den Abläufen rund um das Baden-Württemberg-Haus beschäftigt. Ich danke allen Kolleginnen und Kollegen sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre Mitwirkung. Aus meiner Fraktion danke ich explizit den Kollegen Claus Paal, Winfried Mack und Joachim Kößler sowie unseren Beratern Dr. Uttam Das und Nadine Becker. Wir haben in dieser Zeit aber nichts Wesentliches erfahren, was nicht schon vorher bekannt war. Wer einen Skandal gewittert hat, wurde enttäuscht.

Das Wirtschaftsministerium hatte schon vorher für größtmögliche Transparenz gesorgt. Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut hat den zuständigen Landtagsausschuss immer zeitnah und umfassend informiert und umfangreiche Akteneinsicht ermöglicht. Sie hat auch bei der Entscheidung über den Einstieg des Landes in das Projekt nichts beschönigt und mit nichts hinter dem Berg gehalten.

Jetzt bin ich nicht im Besitz einer Glaskugel, traue mir aber aus den Erfahrungen des Untersuchungsausschusses einen Blick in die nächsten zehn Minuten zu.

Der geschätzte Kollege Born wird – der Rhetorik der letzten Wochen folgend – wieder den Rücktritt der Ministerin fordern. Weil ich mir aber vorgenommen habe, sachlich zu bleiben, dazu nur drei ganz kurze Anmerkungen. Der Untersuchungsausschuss hat für eine solche Forderung nun wirklich keine Grundlage geliefert. Die SPD ist mit ihrer Forderung allein geblieben. Der gemeinsame Schlussbericht mit der FDP/DVP dürfte auch daran gescheitert sein.

Am Ende bleibt die Sorge, dass der Untersuchungsausschuss dem Projekt Baden-Württemberg-Haus geschadet haben könnte und wir aus Angst vor dem Scheitern uns irgendwann keine großen Projekte mehr zutrauen.

Ich wünsche mir, dass auch künftig Menschen in Baden-Württemberg große Ideen verfolgen, auch wenn es Bedenken gibt.

Ich wünsche mir, dass Beamte sich weiter zutrauen, Entscheidungen zu treffen, auch wenn sie im Einzelfall falsch sein können. Und ich wünsche mir für unser Land allen Erfolg auf der Weltausstellung in Dubai, wenn diese dann ab Herbst stattfinden kann.

Vielen Dank.